



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Schulungsangebot für kommunale Mandatsträger und Abgeordnete	3
Schulungsveranstaltung „Schulnetzplanung“ am 12.11.2022 in Langburkersdorf	3
Schulungsveranstaltung „Naturschutz“ am 18.11.2022 in Hoyerswerda	3
Aktuelles aus dem Sächsischen Landtag	4
Rede Frank Peschel zur Asylpolitik vom 9.11.2022	4
Stiftungsrat „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“	4
Petition gegen die Streichung der Hebammen aus dem Pflegebudget	4
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten im KV Bautzen	5
Nein zu einem weiteren Asylheim in Hoyerswerda!	5
Digitale Souveränität in Sachsen sicher stellen	5
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	6
Termine im Kreisverband Bautzen	7
Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB	8
Rede Karsten Hilse in Bautzen, Montagsdemo 7.11.2022	8
Live-Stream mit Karsten Hilse und Stephan Brandner, Berlin 9.11.2022	8
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 6.11.2022	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.11.2022	10
Windräder im Wald? CDU-Plan stoppen!	10
Heißer Herbst: Will CDU-Innenminister Schuster friedliche Demonstranten belauschen lassen?.....	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.11.2022	11
Feuer ist offenbar nicht gleich Feuer	11



AfD-Anfrage: Trinkwasser bei Blackout teilweise nur für fünf Prozent der sächsischen Bürger gesichert	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.11.2022	13
Masseneinwanderung ist sozialer Sprengstoff: Grenzkontrollen unverzichtbar!.....	13
Stoppen Sie den zeitlich definierten Kohleausstieg!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.11.2022	14
Grunderwerb: Steuern senken statt erhöhen!	14
Wir verteidigen die Meinungsfreiheit!.....	15
Neues von der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien.....	16
Asyl-Anträge auf dem höchsten Stand seit 2016!	16
Bürger entlasten, statt belasten!	17
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien.....	18
WOHLSTAND BEWAHREN – ENERGIESICHERHEIT UND PREISSTABILITÄT HERSTELLEN.....	18
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	19
Erneut Brandanschlag auf Bagger von Hentschke-Bau.....	19
Corona: Aufhören, es ist vorbei!	19
Frauenleiche in Haus gefunden.....	19
Video-Empfehlungen	19
Merkt Euch die Namen! - #Ichhabemitgemacht #Wirhabenmitgemacht #Wirhabenausgegrenzt https://www.facebook.com/watch/?v=664163858288890	19
Informationskanäle der AfD.....	19
Kommunalmandate im KV Bautzen	20
PRESSE-ARCHIV	20
SPENDENKONTO.....	20
KONTAKT:.....	20



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Schulungsangebot für kommunale Mandatsträger und Abgeordnete



SCHULUNGSVERANSTALTUNG

„Schulnetzplanung“

Von Kita bis Schule – Planung, Förderung, Kosten, Elternbeiträge

Referent:
Dr. Rolf Weigand

Samstag,
12.11.2022

Bergstraße 1
01844 Neundorf in Sachsen
(Langburkersdorf)

Zeit:
10:00 – 14:30 Uhr

Anmeldung an:
info@kobivesa.de



Schulungsveranstaltung „Schulnetzplanung“ am 12.11.2022 in Langburkersdorf

„Schulnetzplanung“ – Von Kita bis Schule – Planung, Förderung, Kosten, Elternbeiträge

Referent: Dr. Rolf Weigand

Anmeldung unter: info@kobivesa.de



SCHULUNGSVERANSTALTUNG

Naturschutz erfolgreich planen und umsetzen

Grundlagen für die kommunalpolitische Praxis

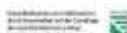
Referent:
Thomas Prantl

Wormf
Freitag, 18.11.2022
10:00 – 16:30 Uhr

W67
Friedrichstr. 33
02977 Hoyerswerda

Teilnehmerbeitrag
15,- Euro

Anmeldung zwingend erforderlich unter:
info@kobivesa.de



Schulungsveranstaltung „Naturschutz“ am 18.11.2022 in Hoyerswerda

„Naturschutz erfolgreich planen und umsetzen“

Referent: Thomas Prantl

Anmeldung unter: info@kobivesa.de



Aktuelles aus dem Sächsischen Landtag

Rede Frank Peschel zur Asylpolitik vom 9.11.2022

<https://onedrive.live.com/?authkey=%21AA0Rk8oWsnfLqwA&cid=251FD0B44C8E4D85&id=251FD0B44C8E4D85%211610&parId=251FD0B44C8E4D85%211606&o=OneUp>

Stiftungsrat „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“

Am 04.11.22 tagte der Stiftungsrat „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“ des Freistaates Sachsen in Dresden, an welchem ich als familienpolitische Sprecherin der AfD – Fraktion teilnahm.

In der Anhörung kam unter anderem zum Ausdruck, dass der Stiftungsrat verkleinert werden soll. Wir sind auch für eine Verkleinerung, jedoch sollte hierbei das Größenverhältnis der Fraktionen betrachtet werden. Die größte Opposition im Freistaat, wir als AfD – Fraktion, müssen auch zukünftig in der Stiftung vertreten sein, denn es gehört zu unserem Sozialprogramm Familien zu stärken. Dafür wollen wir uns selbstverständlich auch in der Stiftung weiterhin einsetzen!



Doreen Schwietzer, MdL

Petition gegen die Streichung der Hebammen aus dem Pflegebudget

Die Bundesregierung hat am 20. Oktober 2022 das GKV – Finanzstabilisierungsgesetz verabschiedet.



In diesem werden ab 2025 nur noch qualifizierte Pflegekräfte im Pflegebudget berücksichtigt, die in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen eingesetzt werden.

Das bedeutet, dass unter anderem Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Heilerziehungspfleger und noch weitere Berufsgruppen, anderweitig von den Krankeneinrichtungen finanziert werden müssten. Hebammen und Entbindungspfleger, Berufe in der Geburtshilfe, werden demnach auch nicht mehr im Pflegebudget berücksichtigt und es kann sein, dass ab dem Jahr 2025 einige um ihren Job fürchten müssen, einfach weil kein Geld mehr für diese Berufsgruppe da ist.

Die AfD – Fraktion im Bundestag hat fünf Änderungsanträge eingebracht und versucht dieses Gesetz zu unterbinden. Auch die Rede von Martin Sichert zu dieser Debatte empfehle ich gern.

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7547409#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmIkZW9pZD03NTQ3NDA5&mod=mediathek>

Mütter und ihre Kinder brauchen bei und nach der Entbindung die Unterstützung der Hebammen, denn weitere Kürzungen in diesem Bereich würden wahrscheinlich den Geburtenrückgang in Deutschland noch weiter vorantreiben.



Für das Leben!
Für die Familie!
Für unsere Kinder!

Link zur Petition bei change.org:

<https://www.change.org/p/keine-streichung-der-hebammen-aus-dem-pflegebudget-ab-2025-karl-lauterbach>

Doreen Schwietzer, MdL

PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten im KV Bautzen

Nein zu einem weiteren Asylheim in Hoyerswerda!

Da der Freistaat Sachsen der Lausitz immer mehr Flüchtlinge zuweist, muss die Bautzener Kreisverwaltung entscheiden wie mit diesen umgegangen wird. - Jetzt kommt Hoyerswerda plötzlich wieder ins Spiel. Die Akteure der SPD in Form des Oberbürgermeisters, der CDU (Landrat), als auch die regierungsbildenden Parteien im Landtag, sind sich in dieser Frage wohl ein weiteres Mal uneinig und schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu.

Wir wollen kein zweites 2015 oder noch schlimmere Zustände.

Weder in unserer Stadt, noch im gesamten Land!

Doreen Schwietzer, MdL



Digitale Souveränität in Sachsen sicher stellen

Der Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD **Digitale Souveränität in Sachsen sicherstellen - Open Source-Strategie erarbeiten Drs 7/11086** vom 10.11.2022, ist ein Scheinriese.

Dazu erklärt Timo Schreyer:

„Eine Open-Source Strategie richtig. Wir haben bereits in **unserer Großen Anfrage** auf das **Thema Cybersicherheit** hingewirkt und auch im Fachausschuss diskutiert. Das Thema wird nach wie vor nicht ernsthaft angegangen.

Die AfD-Fraktion forderte bereits im April 2017 eine 100-Prozentförderung für finanzschwache Kommunen beim Breitbandausbau, und im Juni 2017 den Einsatz des „MICRO-Trenching Verfahrens“, um Zeit und Geld zu sparen. Im September 2021 forderten wir eine Kofinanzierung des Graue-Flecken-Programms. Auch das Thema Cybersicherheit und Lizenzabhängigkeit im Innenausschuss auf die Tagesordnung zu bringen, war stets unser Anliegen.

Mit dem Beschluss vom 10.11.22 wurde lediglich noch einmal die **Absichtserklärung** des Freistaates Sachsen zur „Stärkung der Digitalen Souveränität und der gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes“ des letzten Jahres „promotet“. Ein Bericht zum Umsetzungsstand,



eine Absichtserklärung ohne jede rechtliche Verbindlichkeit, sichert noch lange nicht die digitale Eigenständigkeit Sachsens!“

Timo Schreyer, MdL
10.11.2022

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreis%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw



t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	14.11.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	15.11.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	15.11.22	19.00 Uhr	Hotel Stadt Dresden Weststr. 10 01917 Kamenz	BÜRGERDIALOG - AfD-Bundestagsfraktion vor Ort - mit den MdB's Karsten Hilse, René Bochmann und Mike Moncsek
Do	17.11.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	17.11.22	19.00 Uhr	Residence Hotel Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	BÜRGERVERANSTALTUNG mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen Gast: Katrin Huß
Sa	19.11.22	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Mo	21.11.22	18.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	ÖFFENTLICHER VORTRAG "Energiewende am Ende?" Referent: Frank Hennig
Do	24.11.22	15.00-17.30 Uhr	Wahlkreisbüro Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	STAMMTISCH Doreen Schwietzer, MdL

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB

Rede Karsten Hilse in Bautzen, Montagsdemo 7.11.2022

<https://rumble.com/v1sbtme-karsten-hilse-mdb-afd-bautzen-kornmarkt-07-11-2022-92.-mahnwache-brgermikro.html>

Live-Stream mit Karsten Hilse und Stephan Brandner, Berlin 9.11.2022

<https://www.facebook.com/events/531350888818368/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 6.11.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

die Mehrheit der Deutschen fühlt sich gegängelt. Viele haben den Eindruck, die Meinungsfreiheit sei bei brisanten Themen eingeschränkt.

Sie fürchten Ausgrenzungen und Nachteile im Beruf, wenn man sich zum Beispiel an Montagsspaziergängen beteiligt oder in einem Internetforum Regierungskritik äußert. Dieser für eine Demokratie beängstigende Zustand wurde erneut durch eine Umfrage des Allensbach-Institutes bestätigt.

Umso mehr bin ich froh, dass sehr viele Menschen aus Sachsen und den Neuen Bundesländern trotz dieser Befürchtungen auf die Straße gehen und ihr Recht auf Meinungsfreiheit beanspruchen.

Dieser Mut ist nicht selbstverständlich, denn die Grenzen des Sagbaren wurden von der Ampel-Koalition in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ganz aktuell wieder deutlich enger gesetzt.

Am 20. Oktober beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der AfD eine Ausweitung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuchs. Mit diesem Paragraphen soll die „Volksverhetzung“ zurückgedrängt werden.

Neu ist nun, dass künftig das öffentliche „Billigen, Leugnen und Verharmlosen“ von „Verbrechen





gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ bestraft werden soll.

Das Problem dabei: Durch diese schwammigen Begriffe entsteht ein Gummiparagraph, der dazu geeignet ist, unvoreingenommene Debatten z.B. über den Ukraine-Krieg und seine Ursachen zu verbieten.

„Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer“, lautet eine Erkenntnis, die seit der Antike zirkuliert. Wenn unsere Regierung jetzt meint, die eine Wahrheit über den Krieg festlegen zu können, dann wäre das ein schwerwiegender Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Wir haben deshalb die sächsische Regierung mit einem Eilantrag dazu aufgefordert, diese fragwürdige Ausweitung des Paragraphen 130 durch ein Veto im Bundesrat doch noch zu verhindern.

Dabei berufen wir uns auf Argumente, die der Potsdamer Strafrechtsprofessor Wolfgang Mitsch in einem großartigen Aufsatz für die Kriminalpolitische Zeitschrift darlegte. Er vertritt die Ansicht, der Volksverhetzungsparagraph „leistet politisch einseitiger tendenziöser Rechtsanwendung auf Basis ideologischer Festlegungen Vorschub“. Die „Demontage“ dieses Paragraphen dürfe daher „kein Tabu sein“.

Mitsch stört sich vor allem am unbestimmten Vokabular im Gesetz. Es bleibe völlig diffus, welcher „Teil der Bevölkerung“ von der „Aufstachelung zum Hass“ betroffen sei. Mitsch kann aus juristischer Sicht nicht verstehen, warum die Parole „Nazis raus!“ keine Aufstachelung zum Hass sein soll, die Parole „Ausländer raus!“ aber sehr wohl. Das kollidiere mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG).

Auch stellt Mitsch die Frage, „ob Deutsche überhaupt Opfer von Volksverhetzung sein können“. Mit anderen Worten, ob eine Volksverhetzung gegen Deutsche überhaupt möglich ist. Damit legt er den Finger in die Wunde: Die „Volksverhetzungs-Keule“ setzt nämlich vorab voraus, „wer Täter und wer Opfer von Volksverhetzung sein kann“.

Die AfD und andere patriotische Gruppen würden als „volksverhetzungsaffin“ stigmatisiert, kritisiert Mitsch. Währenddessen würde unterschwellig behauptet, dass z.B. „Flüchtlinge“ nur Opfer sein könnten.

Ein weiterer Mangel des Paragraphen seien die „tatbestandlichen Verhaltensweisen“. Jemanden „auszurauben“, ist juristisch klar definiert. Aber welches konkrete Verhalten soll mit „Aufstacheln zum Hass“ gemeint sein?

Mitsch dazu: „Man kann niemandem vorschreiben, andere zu mögen. (...) Verbieten kann und muss man, dass aus dem Hass ein physischer Übergriff wird.“ Das ist der springende Punkt!

In einer friedlichen und zugleich debattenfreudigen Gesellschaft muss gelten: „Ich kann dich nicht ausstehen, aber ich würde dich niemals angreifen.“ (ebd.) Genau das müssen unsere Gesetze regeln. Und genau das ist bereits strafrechtlich geregelt.

Alles, was darüber hinausgeht, gerät schnell zur Gesinnungsjustiz, die „mit schwurbeligen Floskeln



und Leerformeln“ arbeitet, um die Bürger einzuschüchtern.

Die Strafbarkeit von Meinungen ist mit dem Anspruch, eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu sein, nicht vereinbar. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam die Meinungsfreiheit schützen und allen Anfängen einer Gesinnungsjustiz entschlossen entgegenreten.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/5680703145354869/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.11.2022

Windräder im Wald? CDU-Plan stoppen!

Zum Energiegipfel der Staatsregierung erklärt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jan Zwerg:



„Die CDU-geführte Regierung täuscht die Bürger. Im Koalitionsvertrag heißt es: Keine Windräder im Wald. Nun will die CDU unsere Wälder mit riesigen Windkraftanlagen verschandeln. Den Schaden haben erholungssuchende Bürger und gefährdete Tiere.

Außerdem wird so unsere bereits viel zu teure Energie irgendwann unbezahlbar. Windräder rechnen sich nur mit hohen Subventionen. Deshalb werden sie regelmäßig nach ihrer geförderten Laufzeit abgerissen.

Wenn die CDU wenigstens für die nächsten Jahre die Kernkraftwerke erhalten will, dann reichen wir ihr die Hand. Statt Pseudo-Opposition zu spielen, kann sie mit unseren Stimmen im Landtag einen Antrag zur Kernkraft durchsetzen. Zum Wohle von Sachsen sollte die CDU sich endlich aus der zerstörerischen Umklammerung der Grünen lösen.“

Heißer Herbst: Will CDU-Innenminister Schuster friedliche Demonstranten belauschen lassen?

Seit Anfang September gab es deutschlandweit über 4.400 regierungskritische Kundgebungen. Daran beteiligten sich laut WELT „mehr als 100.000 Menschen“. In Sachsen sei der Zulauf zu den Versammlungen am größten.

Unter dem Deckmantel der Bekämpfung eines „stabilen Kerns extremistischer Kräfte“ will der sächsische CDU-Innenminister Armin Schuster gegen diesen Protest mit einem Netzwerk aus



Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaften, Gewerbe- und Finanzämtern vorgehen. Zugleich drohte er: „Wir kriegen euch.“

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Die despektierliche Wortwahl von Innenminister Schuster macht mich fassungslos. Der heiße Herbst glänzt durch eine außerordentliche Friedfertigkeit fast aller Versammlungsteilnehmer.

Dass nun anscheinend eine Gesinnungsbehörde friedliche Demonstranten belauschen soll, ist ein schwerwiegender Angriff auf die Demokratie – noch dazu, wenn die Verfassungsschutzbehörden selbst mit Fake Accounts Extremismus schüren.

Wenn Herr Schuster etwas gegen wachsenden Extremismus in unserer [Gesellschaft](#) tun möchte, sollte er die Gewalttaten der ‚letzten Generation‘ endlich einmal unter die Lupe nehmen lassen. Militante Klimaextremisten gefährden immer häufiger Rettungseinsätze, randalieren in Museen und entwickeln sich zu einer grünen RAF. Dagegen muss der Staat konsequent vorgehen. Friedliche Demonstranten muss er hingegen in Ruhe lassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/heisser-herbst-will-cdu-innenminister-schuster-friedliche-demonstranten-belauschen-lassen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.11.2022

Feuer ist offenbar nicht gleich Feuer ...

In [#Leipzig](#) reihen sich Anschläge auf Kirchen binnen eines Jahres inzwischen zu einer auffällig stattlichen Kette.



Dazu [Jörg Kühne - AfD Leipzig](#), kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag:

„Brandanschläge in Bautzen und Leipzig erschütterten in den vergangenen Tagen Sachsen, wenn auch in höchst unterschiedlichem Maß. Der evangelischen Emmauskirche wurde beinahe der gesamte Dachstuhl niedergebrannt. An der Spree traf es ein leerstehendes Hotel, das demnächst Migranten beherbergen soll. In beiden Fällen kam es nur durch äußerst glückliche Umstände nicht zum Totalschaden.

Während Leipziger Kirchenvertreter erst in der nächsten Woche einen Termin beim Polizeipräsidenten René Demmler bekamen, gaben sich in Bautzen schon am Tag danach Politiker die Klinke in die Hand, allen voran Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU). Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) räumte den Ermittlungen dort gar ‚höchste Priorität‘ ein. Das bedeutet zwangsläufig, dass andere Fälle diesen Rang nicht genießen.



Wie kann es also sein, dass solchen ekelhaften Angriffen auf unsere Werte und Normen derart unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird? Wer Brände legt, Kirchen schändet, egal aus welcher krimineller oder politisch gefärbter Motivation heraus, der muss verfolgt, gestellt und hart zur Rechenschaft gezogen werden. Straftaten nach politischem Gutdünken abarbeiten zu lassen, ist mit einem Rechtsstaat schlicht unvereinbar.

Antworten auf meine Kleinen Anfragen an die Staatsregierung liefern passend dazu ein mindestens irritierendes Bild, wenn es um den Schutz unserer Kirchen geht. Zumeist heißt es, ‚Tatverdächtige unbekannt‘ und ‚Bezüge zur politisch motivierten Kriminalität sind nicht bekannt‘. Ministerielle Tipps inklusive: ‚Eigentümer seien selbst gehalten, durch geeignete Schutzmaßnahmen das Risiko eines Einbruchs zu reduzieren.‘

Sinnvoll wäre tatsächlich, wie von mir bereits gefordert, über eine Videoüberwachung derart gefährdeter Kirchen und Sakralbauten nachzudenken, auch wenn für Leipzigs Probst Gregor Giele das ‚Installieren von Kameras nicht in Frage kommt‘. Die Kameras in den Nachtstunden einzuschalten, zumeist Tatzeit, wäre gewiss kein ‚Zeichen des Misstrauens oder Abschottens‘ gegenüber Besuchern und Gläubigen, dafür ein Beitrag zur Sicherheit.“

PS: Am 8. November teilte das LKA den Brand mehrerer Fahrzeuge eines Unternehmens mit, das in der Vergangenheit bereits mehrfach Opfer von linken Anschlügen wurde. Der mutmaßliche Antifa-Anschlag ereignete sich ebenfalls in Leipzig. Erst vor wenigen Tagen wurden in Leipzig zwei Bagger niedergebrannt. Die Polizei bestätigte einen Schaden in Höhe von 375.000 Euro.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5607184642684341/>

AfD-Anfrage: Trinkwasser bei Blackout teilweise nur für fünf Prozent der sächsischen Bürger gesichert

Laut AfD-Anfrage (7/10998) können bei einem Blackout nur 15 Prozent der sächsischen Bevölkerung über das Wassersicherstellungsgesetz versorgt werden. Dabei liegt der Versorgungsgrad der einzelnen „Prioritätenkommunen“ zwischen fünf und 100 Prozent.

Weitere Trinkwasser-Notbrunnen sollen kommunale Wasserversorger vorhalten. Über den Umsetzungsgrad dieser Aufgabe hat die Staatsregierung allerdings keine Informationen.

[Jörg Urban](#), AfD-Fraktionsvorsitzender und Fragesteller, erklärt dazu:

„Erst kürzlich hat der Deutsche Städtetag vor einem Blackout als ‚realistisches Szenario‘ gewarnt. Vor diesem Hintergrund bin ich entsetzt, dass sich die Staatsregierung offenbar nicht für die Notfall-Wasserversorgung der Bürger interessiert. Dabei können Menschen nur drei Tage ohne Wasser überleben. Bei einer unzureichenden Wasserversorgung drohen zudem schwere Krankheiten und Seuchen auszubrechen.“





Besonders enttäuscht bin ich über den neuen CDU-Innenminister Armin Schuster. Er war zuvor Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und müsste eigentlich die Gefahren eines großflächigen Stromausfalls kennen. Die Regierung hat aber keine Informationen über die kommunale Notfall-Versorgung und für wie viele Tage der Dieselvorrat für die Notstromaggregate reicht. Diese gefährliche Ignoranz grenzt an Arbeitsverweigerung.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-trinkwasser-bei-blackout-teilweise-nur-fuer-fuenf-prozent-der-saechsischen-buerger-gesichert/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.11.2022

Masseneinwanderung ist sozialer Sprengstoff: Grenzkontrollen unverzichtbar!

Zur Landtagsdebatte über den AfD-Antrag ([Drs. 7/11096](#)) mit dem Titel „Unkontrollierte Massenmigration verhindern – Grenzen sichern“ erklärt der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Sebastian Wippel](#):



Grenzkontrollen würden zeigen:
Versucht es gar nicht erst!



„Die Zustände in Grenznähe sind derzeit für die einheimischen Anwohner unerträglich. Frauen haben Angst, abends spazieren zu gehen, weil junge illegale Einwanderer in Gruppen durch Städte und Ortschaften ziehen. In Vorgärten landen Müllberge und die Polizei kann den Problemen leider nur hilflos hinterherhecheln. Greift sie illegale Einwanderer auf, beginnt eine bürokratische Registrierungstortur und nicht etwa die grundgesetzkompatible Rückführung.

Das Problem fängt allerdings schon früher an: Das Märchen vom Schlaraffenland ist bei illegalen Einwanderern nach wie vor aktiv. Sie gehen davon aus, in Deutschland erwarte sie ein Hotel oder eine eingerichtete Wohnung. Gleich in mehrfacher

Hinsicht birgt das Sprengstoff: Zum einen merken die Asylbewerber in Deutschland, dass es ganz so paradiesisch dann doch nicht zugeht. Zum anderen lässt es sich keinem Deutschen mitten in einer schweren [Wirtschaftskrise](#) erklären, warum illegale Einwanderer mit einer Vollversorgungsmentalität empfangen werden.

Ändern wir deshalb zügig diese Zustände für alle fleißigen und friedlichen Bürger unserer Heimat! Wir haben weder Geld noch Platz oder Lust, immer mehr illegale Einwanderer anzulocken. Grenzkontrollen nach Tschechien und nach Polen sind in der aktuellen Situation ein Muss! Niemand darf Deutschland illegal betreten können, dem es nur darum geht, hier ein besseres Leben zu finden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/masseneinwanderung-ist-sozialer-sprengstoff-grenzkontrollen-unverzichtbar/>

Stoppen Sie den zeitlich definierten Kohleausstieg!

Auf die Fachregierungserklärung des sächsischen Regionalentwicklungsministers Thomas Schmidt (CDU) erwidert der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):



„Wenn von 1,4 Milliarden Euro Fördermitteln circa 460 Millionen Euro überhaupt keine nachweisbare Wirksamkeit aufweisen, dann ist das ein Offenbarungseid für die Regional-Politik der Staatsregierung.

Die Tatsache, dass mit Fördermitteln, die eigentlich für wirtschaftliche Innovationen und das Einleiten einer neuen Epoche vorgesehen sind, am Ende energetische Sanierungen von Rathäusern, der Umbau von Lokomotiven und andere verstaubte Schublade-Projekte finanziert werden, ist nicht nur ein zweifelhafter Umgang mit Steuergeldern. Daran zeigt sich auch, dass dieser Staatsregierung das wirtschaftlich-strategische Denken zum Wohle unseres Landes fehlt.

In über 30 Jahren Regierungszeit ist es der CDU nicht gelungen, einen ordentlichen Nahverkehr in unseren ländlichen Regionen auszubauen. Sie hat kein Rezept gegen den Bevölkerungsschwund gefunden und nimmt Sachsen nun auch noch mit der Kohle eine der wichtigsten einheimischen Existenzgrundlagen.

Wir fordern Sie deshalb auf: Stoppen Sie den zeitlich definierten Kohleausstieg und setzen Sie Strukturwandel-Gelder nur dort ein, wo auch tatsächlich neue, wertschöpfende Arbeitsplätze entstehen können.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/stoppen-sie-den-zeitlich-definierten-kohleausstieg/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.11.2022

Grunderwerb: Steuern senken statt erhöhen!

Zum AfD-Gesetzentwurf zur Grunderwerbsteuer ([Drs. 7/11154](#)) erklärt der finanzpolitische Sprecher, [André Barth](#):



„Der Freistaat Sachsen weist mit rund 35 Prozent die niedrigste Wohneigentumsquote aller Flächenländer auf, wobei auch die Bundesrepublik im europäischen Vergleich keine gute Figur abgibt. Diesen Zustand gilt es hier in Sachsen zu ändern.

Deshalb ist jede weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer, wie von der sächsischen Regierung vorgesehen, kontraproduktiv. Unser Gesetzentwurf sieht das Gegenteil vor: Beim Ersterwerb eines Grundstücks zu Wohnzwecken sollte die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent auf 1 Prozent gesenkt werden.

Die sächsischen Grundstückskäufer und Häuslebauer würden dadurch voraussichtlich jährlich mit 180 Millionen Euro entlastet. Sie sparen Nebenkosten und haben in Zeiten steigender Zinsen mehr Eigenkapital zur Verfügung. Und das ist gerade jetzt wichtig. Denn die Bauzinsen sind nicht einfach nur gestiegen. Sie haben sich vervierfacht.



Neubauprojekte werden bereits gestoppt. Der Immobilienmarkt befindet sich im härtesten Umbruch seit Jahrzehnten. Und uns fehlt immer mehr bezahlbarer Wohnraum.

Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf dieser Entwicklung entgegenwirken. Wir wollen dadurch die Bindungswirkung des Grundeigentums gerade für junge Familien, gut ausgebildete Fachkräfte und Rückkehrer aus den alten Bundesländern neu entfachen. Schließlich wollen wir mit dem Gesetzentwurf nicht mehr und nicht weniger als die Attraktivität des Freistaates Sachsen als Wohn- und Lebensmittelpunkt steigern, indem wir die Mietabhängigkeit verringern.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/grunderwerb-steuern-senken-statt-erhoehen/>

Wir verteidigen die Meinungsfreiheit!

Auf Initiative der AfD muss sich der Sächsische Landtag heute in einer Sondersitzung mit dem sogenannten Paragraph 130 beschäftigen. Der Bundestag hatte Ende Oktober in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dem Volksverhetzungsparagraphen einen zusätzlichen Absatz hinzugefügt, der das Billigen, Leugnen und Verharmlosen von Kriegsverbrechen bestrafen will.

Woher will der Staat aber wissen, was die Wahrheit in einem undurchsichtigen Krieg ist? Und: Ist es in einer Demokratie überhaupt legitim, eine bestimmte Meinung festzuschreiben?



Neben der AfD haben sich in den letzten Tagen auch viele Strafrechtsprofessoren entsetzt gezeigt. Darunter befindet sich z.B. Elisa Hoven, Professorin für Strafrecht an der Uni Leipzig und Richterin des Verfassungsgerichtshofs in Sachsen. In der WELT betonte sie:

„Hoch problematisch an der neuen Regelung ist, dass sie das Leugnen oder Verharmlosen etwa von Kriegsverbrechen bestraft, die noch von keinem Gericht als solche festgestellt wurden. (...)

Der Nachweis völkerrechtlicher Verbrechen ist hochkomplex. Selten wird so viel gelogen wie im Krieg, Beweise werden vertuscht oder manipuliert, Zeugen sind schwer zu finden, und auch die rechtliche Einordnung ist nicht immer einfach. Wie ein deutsches Amtsgericht diese Aufgabe bewältigen soll, ist mir ein Rätsel. (...)

Als Gesellschaft müssen wir uns überlegen, wie politisch unser Strafrecht sein soll, und ob wir nicht in der Lage sind, auch unangebrachte und kritikwürdige Äußerungen auszuhalten, ohne nach der Staatsanwaltschaft zu rufen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5612697412133064/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Asyl-Anträge auf dem höchsten Stand seit 2016!

Während die Ampel-Regierung untätig bleibt, explodiert die Zahl der Asyl-Anträge: 23.918



Migranten haben allein im Oktober dieses Jahres einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland gestellt – so viele wie seit 2016 nicht mehr. Gegenüber dem Oktober des Vorjahres ist das ein Anstieg um dramatische 80 Prozent. Dabei handelt es sich wohlgerne nicht um die hunderttausenden Ukraine-Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland strömen – denn die Ukrainer müssen keine Asylanträge stellen, sondern erhalten ohne Verfahren eine Genehmigung zum Aufenthalt.

Unter den 23.918 Personen sind ganz andere Nationen vertreten: Hauptstaatsangehörigkeiten waren beispielsweise im September Syrien (8975), Afghanistan (3682) und die Türkei (3324). Und was tut Innenministerin Faeser (SPD) in dieser Lage? Anstatt die Grenzen zu schützen und für mehr Abschiebungen zu sorgen, führt sie ein sogenanntes „Chancen-Aufenthaltsrecht“ ein, das geduldeten Migranten ein dauerhaftes Bleiberecht verschafft. Illegale Einwanderung wird

somit legalisiert, der Anreiz zur Migration in die Sozialsysteme wird noch weiter erhöht.

Welche Folgen diese Entwicklung allein im Gesundheitswesen nach sich ziehen wird, liegt auf der Hand. Seit Anfang des Jahres hat die gesetzliche Krankenversicherung mehr als 750.000 zusätzliche Versicherte aufgenommen, von denen die meisten wohl aus der Ukraine stammen. Dabei ist das Gesundheitssystem schon jetzt aufgrund des Versagens von Panik-Minister Lauterbach (ebenfalls SPD) äußerst angespannt. Wenn die Bundesregierung nicht endlich auf eine an den deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik umsteuert und die völlig überzogene Hypermoral beiseitelegt, dann steuert Deutschland auf eine soziale und wirtschaftliche



Katastrophe zu.

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5927153113981645/>

Bürger entlasten, statt belasten!

Die sogenannten Wirtschaftsweisen schlagen vor, den Mittelstand weiter schröpfen, um die vermeintlichen Entlastungspakete der Bundesregierung zu finanzieren. Energiesoli für angebliche Besserverdiener, Erhöhung des Spitzensteuersatzes und vorläufig kein Ausgleich der kalten Progression. Der Ausgleich der kalten Progression war dringend notwendig und geht nach aktuellem Planungsstand nicht weit genug. Die Bürger dürfen nicht durch die galoppierende Inflation schleichend enteignet werden!

Der Spitzensteuersatz gilt heute schon ab einem Einkommen von knapp 60.000 Euro brutto im Jahr und beträgt satte 42 Prozent. Laut Berechnungen des Sparkassenverbandes sind Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600 Euro, also 43.200 Euro im Jahr netto, von Armut bedroht. Spitzeneinkommen und faktische Armutsgrenze nähern sich also immer weiter an. 1965 traf der Spitzensteuersatz Bürger, die das 18-fache des Durchschnittseinkommens verdienten, heute genügt ein Einkommen knapp über dem Durchschnitt. Daher zahlen bereits rund vier Millionen Personen in Deutschland den Spitzensteuersatz. Dass der Steuersatz zeitlich befristet erhöht werden soll, ist kein glaubwürdiges Versprechen. Solche Grenzüberschreitungen kommen oft mit Befristung und werden dann auf Dauer gestellt.



Ebenso kritisch ist die Vermögensabgabe zu sehen, die die SPD einführen will, um die Kosten zu decken, die durch die falsche Regierungspolitik im Ukraine-Krieg auf uns zukommen. Manche in der SPD nennen sie beschönigend „Transformationssoli“, der nächste Transformationssoli dürfte nicht lang auf sich warten lassen. Diese Kriegsabgabe darf es nicht geben. Der Ukraine-Krieg ist nicht unser Krieg. Die SPD-geführte Ampelkoalition muss sich dafür einsetzen, dass wir die Sanktionen beenden und wieder günstig Gas auch aus Russland beziehen. Nord Stream reparieren, öffnen und sichern!

Verarmung und Verelendung lassen sich nicht abwenden, indem man immer mehr Bürger in die Armut stürzt. Zusätzliche Belastungen der wenigen Leistungsträger sind in der Krise nicht zielführend. Die Bürger müssen vielmehr entlastet werden – durch Anhebung des Grundfreibetrags, durch Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Energie und durch Abschaffung der CO2-Bepreisung und Senkung der Energiesteuer!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/2904129673228620/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

WOHLSTAND BEWAHREN – ENERGIESICHERHEIT UND PREISSTABILITÄT HERSTELLEN

Positionspapier der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag



Deutschland befindet sich in einer der heftigsten Krisen seiner Geschichte. Es steht uns eine katastrophale Wirtschafts- und Sozialkrise bevor. Die Gründe hierfür sind überwiegend hausgemacht. Die ideologisch geprägte Politik der Bundesregierung gefährdet unsere Energiesicherheit, die Stabilität unserer Infrastruktur, unseren Wohlstand, den Wirtschaftsstandort Deutschland und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Versuch der Bundesregierung und ihrer Vorgänger, gleichzeitig aus der Kernkraft und der Kohleverstromung auszusteigen, ist gescheitert. Die sogenannte Energiewende führt zu einer beispiellosen Energiemangellage und zur ernsthaften Gefahr von Stromausfällen und Blackouts, die

durch eine selbstzerstörerische Sanktionspolitik verschärft werden. Außerdem verstärkt diese Energiepolitik die Inflation massiv. Vor allem die jahrelange Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Negativzinsen und einer massiven Erhöhung der Geldmenge hat den Boden für die höchsten Inflationswerte seit über 70 Jahren bereitet.

Mit den folgenden Punkten will die AfD-Bundestagsfraktion diese Katastrophe für Deutschland abwenden.

<https://afdbundestag.de/positionspapier-fuer-wohlstand-und-sicherheit/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Erneut Brandanschlag auf Bagger von Hentschke-Bau

<https://www.radiolausitz.de/beitrag/erneut-brandanschlag-auf-bagger-von-hentschke-bau-745231/>

Corona: Aufhören, es ist vorbei!

<https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2022/corona-massnahmen-3/>

Frauenleiche in Haus gefunden

<https://www.bild.de/regional/nuernberg/muenchen-aktuell/goessweinstein-frauenleiche-in-haus-gefunden-81869602.bild.html>

Video-Empfehlungen

Merkt Euch die Namen! - #Ichhabemitgemacht #Wirhabenmitgemacht #Wirhabenausgegrenzt

<https://www.facebook.com/watch/?v=664163858288890>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen